



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 1. Oktober 2016

PRESSEINFORMATION

Steuergeldverschwendung stoppen: Witzel erwartet Folgenutzung für Opti-Park

Die Essener FDP hat die Bezirksregierung Düsseldorf aufgefordert, den letzten Ankündigungen endlich Taten folgen zu lassen und alle denkbaren Konzepte zur weiteren Nutzung des Opti-Parks offenzulegen. Regierungsvizepräsident Roland Schlapka hat soeben einräumen müssen, das Land habe außerhalb einer möglichen Wiederbelebung des Areals zur Flüchtlingsunterbringung noch keine sinnvollen Verwendungsoptionen erarbeitet, und überdenke vor diesem Hintergrund eine Neuzuweisung von Asylbewerbern zu dieser Liegenschaft.

FDP-Landtagsabgeordneter Ralf Witzel erwartet zeitnah Planungssicherheit für die Stadt Essen: „Das einzig Vernünftige ist die erneute Inbetriebnahme des Opti-Parks als Asylheim, da das Land sich anders als an anderen Standorten im Land hier bereits an einen extrem teuren und noch zehn Jahre laufenden Mietvertrag gebunden hat. Die Verlängerung des Status Quo der Nichtnutzung würde rund 30 Millionen Euro Steuergeld bis 2026 ohne jede Gegenleistung verbrennen. Das wäre ein unglaublicher Skandal und ein Untersuchungsfall für den Landesrechnungshof.“

Witzel hat eine offizielle Parlamentsanfrage an den Innenminister gerichtet, um zu erfahren, warum das Land der finanziell notleidenden Stadt Essen die Liegenschaft nicht zu so attraktiven Konditionen überlassen hat, daß diese den Opti-Park gern in Eigenregie übernommen hätte statt selbst aufwändig Neubauten zu errichten.

Die FDP erwartet von der Stadtverwaltung, sich auch intensiv für den Weiterbetrieb als Landeseinrichtung einzusetzen, da die dortigen Unterbringungsfälle auf die kommunalen Aufnahmeverpflichtungen angerechnet werden und deshalb zugleich die Stadt entlasten und eine weitere Reduzierung bei Asylheimbauten ermöglichen.

Die Belegung des Opti-Parks hält Witzel spätestens ab Jahresbeginn 2017 wieder für erforderlich, da monatlich für die öffentliche Hand Kosten von über 235.000 Euro für den ungenutzten Leerstand entstehen. Vergleichbare Fälle sind landesweit nicht bekannt.

Witzel hofft auf eine späte Einsicht des Landes zum gemeinsamen Vorteil aller Ebenen: „Es ruiniert die Akzeptanz für die Flüchtlingsaufnahme in der Essener Bevölkerung, wenn eine funktionstüchtige und bezahlte Einrichtung für 1.000 Personen in der Innenstadt vergammelt, während ansonsten für Unterbringungsfälle unnötig oft in etlichen Stadtteilen in die Natur und Wohngebiete eingegriffen wird.“